

# Fünf Tote bei Explosion im Gazastreifen

Palästinenser machen israelischen Raketenangriff verantwortlich - Hubschrauber zerstören Fabrik

JERUSALEM: Trotz der Wiederaufnahme des israelisch-palästinensischen Dialogs ist kein Ende der Gewalt im Nahen Osten in Sicht. Bei einer Autoexplosion, die den Palästinensern zufolge von israelischen Raketen ausgelöst wurde, kamen am Montag im Gazastreifen fünf Männer ums Leben. Zuvor hatten israelische Kampfhubschrauber eine Fabrik in Dschebelija zerstört, in der angeblich Granaten hergestellt wurden. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat warf Israel vor, die Bemühungen um eine Feuerpause zu sabotieren.

In dem ausgebrannten Autowrack wurden nahe dem Grenzübergang Sufa vier Leichen gefunden, ein fünfter Mann erlag später seinen Verletzungen. Palästinensischen Sicherheitsbeamten zufolge hatte ein israelischer Hubschrauber das Fahrzeug mehrfach beschossen. Die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas erklärte, die Opfer hätten dieser PLO-Gruppierung angehört, und kündigte Vergeltung an. Israel äusserte sich zunächst nicht zu dem Zwischenfall.

Zuvor war an einem weiteren Grenzposten im Gazastreifen ein Palästinenser von israelischen Soldaten in den Kopf geschossen und lebensgefährlich verletzt worden. Wie aus palästinensischen Sicherheitskreisen verlautete, war davor eine kleine Explosion zu hören gewesen.

Bei dem israelischen Angriff auf die Fabrik in Dschebelija habe es indes keine Opfer gegeben. Später demolierten israelische Bautrupps zwei halb fertige palästinensische Häuser in Ost-Je-



In dem ausgebrannten Autowrack wurden nahe dem Grenzübergang Sufa vier Leichen gefunden, ein fünfter Mann erlag später seinen Verletzungen. (Bild: Keystone)

rusalem, die nach Angaben der Kommunalbehörden ohne Genehmigung errichtet worden waren.

Die israelische Menschenrechtsgruppe Betselem warf der Regierung vor, in den letzten 16 Monaten mehr als 5100 Palästinenser obdachlos gemacht zu haben. Dies sei eine flagrante Verletzung internationalen Rechts.

Arafat beschuldigte Israel, keine Entspannung der Lage zu wollen. Sein

Informationsminister Jassir Abed Rabbo beklagte insbesondere, dass der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon das Gesuch ausgeschlagen habe, die Militäraktionen in den Autonomiegebieten für zehn Tage auszusetzen, damit die palästinensischen Behörden selbst für Ruhe sorgen könnten.

Sharon erklärte wiederum, die Blockade der Autonomiegebiete werde erst enden, wenn die Palästinenser

sämtliche Terrorgruppen ausschalteten. Im israelischen Fernsehen reagierte er skeptisch auf die jüngste Versicherung Arafats, den Terrorismus bekämpfen zu wollen.

Arafat hatte in einem Beitrag für die «New York Times» Anschläge auf israelische Zivilisten verurteilt und erstmals das Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge in Frage gestellt.

## ARGENTINIEN

### Notprogramm vorgestellt

BUENOS AIRES: Mit der völligen Abkopplung des Pesos vom Dollar will die argentinische Regierung die lahrende Wirtschaft des Landes wieder in Schwung bringen. Schon bis Mitte der Woche solle der Peso frei gegeben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Unternehmen zu stärken, kündigte Wirtschaftsminister Jorge Remes Lenicov am Sonntag bei der Vorstellung eines umfassenden Notprogramms an. Zugleich sollen die umstrittenen Beschränkungen für Bargeld-Abhebungen teilweise aufgehoben werden.

Der Regierungplan sieht weiter ein strenges Sparprogramm vor, wie Remes Lenicov erklärte. Die Bürger müssten weitere Opfer bringen, um die seit vier Jahren währende Rezession zu beenden, sagte er. Noch in den kommenden Tagen werde er dem Kongress den Haushalt für 2002 vorlegen. «Argentinien ist pleite», betonte Remes Lenicov. 2001 belief sich das Haushaltsdefizit auf über zehn Milliarden Dollar (rund zwölf Milliarden Euro). Mit dem Wirtschaftsplan und der Währungsfreigabe will die Regierung auch Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllen und sich somit für Kredite zur Schuldentilgung qualifizieren.

Zu den Beschränkungen der Bargeld-Auszahlung, die die Regierung im Dezember aus Angst vor einer Kapitalflucht einführt, kündigte Remes Lenicov eine Teillockerung an. Arbeiter dürften künftig ihren gesamten Monatslohn vom Konto abheben. Eine generelle Aufhebung der Restriktionen sei jedoch zunächst nicht geplant. Die Einschränkungen der Bankgeschäfte hat in den vergangenen Wochen zehntausende Argentinier zu Protesten auf die Strasse getrieben. Bereits Anfang Januar hatte Argentinien die seit mehr als zehn Jahren bestehende Eins-zu-Eins-Bindung an den Dollar gelockert und den Peso abgewertet. Der neue amtliche Kurs wurde mit 1,40 Peso pro Dollar festgelegt.

### Tausende fliehen aus Lagos

Lagos: Tausende sind am Montag im nigerianischen Lagos vor Kämpfen rivalisierender Volksgruppen geflohen. Dutzende Menschen wurden Augenzeugenberichten zufolge in der Nacht zum Montag in den Strassen der Stadtteile Idi Araba und Mushi getötet. Militante Yoruba und Hausa verstümmelten und ermordeten Angehörige der anderen Volksgruppe und brannten deren Häuser nieder. Hundertschaften der Polizei, die am Sonntag versucht hatten, die Ordnung wieder herzustellen, haben sich am Montag offenbar wieder zurückgezogen.

Die Angehörige der beiden vorherrschenden Volksgruppen Nigerias machen sich gegenseitig für den Ausbruch der jüngsten Unruhen verantwortlich. Die Spannungen zwischen ihnen dauern seit vielen Jahren an. Die im Norden dominierenden Hausa sind zumeist muslimischen Glaubens, während die aus dem Südwesten stammenden Yoruba überwiegend christlichen Glaubens oder Animisten sind, also traditionellen Naturreligionen anhängen. Von einigen Städtteilen steigen Rauchschwaden auf, immer wieder sind Schiessereien zu hören. «Wir haben meine Grossmutter aus unserem Haus getragen, als sie auf uns schossen», erzählt der 30-jährige Hausa Mohammed Gorlunu. «Das Haus meines Nachbarn brannte, als wir weggegangen sind, vielleicht brennt meines inzwischen auch.» Der 35-jährige Hausa Lateef Alawsa, der Glasflaschen sammelt, um Molotow-Cocktails zu bauen, glaubt, dass die Polizei nicht mehr Herr der Lage ist.

## Japan: Absturz in Finanzkrise verhindern

Fortsetzung der Reformvorhaben versprochen

TOKIO: Die Rezession der japanischen Wirtschaft macht Ministerpräsident Junichiro Koizumi arg zu schaffen. Er muss aber auch gegen seine schwindende Popularität und die wachsenden Zweifel an der Verwirklichung seiner Reformen ankämpfen.

Am Montag griff der Regierungschef auf ein altes Kaiserwort aus dem Jahr 1946 zurück, um seiner Partei LDP und dem Volk Mut zu machen: «Ich hoffe, das Volk wird so heldenhaft sein wie jene Kiefern, die trotz Schneewehen immergrün bleiben.»

Neben diesen lyrischen Tönen zeigte sich der Regierungschef, der gerade erst zehn Monate im Amt ist, auch entschlossen. Er will seine Reformen durchsetzen, um die Wirtschaft im Jahr 2004/05 in eine Wachstumsphase zu überführen.

### «Kein Wachstum ohne Reformen»

«Die Politik des Kabinetts Koizumi des «kein Wachstum ohne Reformen» hat die Unterstützung der Mehrheit des Volkes», stellte der Regierungschef selbstbewusst fest. Auf dem Pult der Abgeordneten lagen derweil die Zeitungen mit drei Umfragen, die dem vielfach kritisierten Regierungschef schlechte Noten bescheinigten.

Danach sind nur noch 50 Prozent der Japaner nach zuvor 70 Prozent mit seiner Politik einverstanden. Mit zu diesem Abstieg hat neben den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten auch die plötzliche Entlas-

sung der bekannten Aussenministerin Makiko Tanaka beigetragen.

Vor allem die Kritiker unter den Parteiveteranen in der eigenen Liberaldemokratischen Partei (LDP) fragte der Regierungschef, ob Japan nicht die gegenwärtigen Probleme der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt ebenso heldenhaft wie seine Vorfahren lösen könne.

### Auswirkungen auf Finanzwelt

Die Tanaka-Krise verschonte auch die Finanzmärkte nicht. In der Finanzwelt gibt es die Befürchtung, dass Koizumi dem Drängen der Parteiveteranen nachgeben und auf den Abbau des riesigen öffentlichen Schuldenbergs verzichten und mit einem grosszügigen Ausgabenprogramm reagieren könnte. Anhaltendes Wachstum wurde damit in den vergangenen zehn Jahren nicht erzielt. Japan rutschte im Gegenteil kurzfristig hintereinander dreimal in die Rezession.

### Bush-Besuch

Kurz vor dem noch für diesen Monat geplanten Besuch des US-Präsidenten George W. Bush in Japan versprach Koizumi auch konstruktive Gespräche mit der US-Regierung, zum Wirtschaftsaufschwung in beiden Ländern.

## Afghanistan: In den Fallen von Sippeninteressen

Friedensgespräche im Rivalitätenschwung

KABUL: Wären nicht die modernen Waffen und Fahrzeuge, man fühlte sich ins 19. Jahrhundert zurückversetzt, als britische und russische Kolonialisten sich im vergeblichen Kampf um die Kontrolle des afghanischen Berglandes blutige Nasen holten.

In einem abgelegenen Militärlager in der staubigen Ödnis Ostafghanistans trafen sich Männer mit wettergegerbten Gesichtern, verwegener Aufmachung, Turbanen und Bärten mit anderen in westlicher Kleidung und zivilem Auftreten. Deutlicher kann man nicht demonstrieren, dass im Polittschwung Afghanistans zwei Welten aufeinander treffen.

Zum wiederholten Male kamen am Montag Unterhändler der Übergangsregierung in Kabul und internationale Vermittler mit dem paschtunischen Stammesführer Batscha Chan zusammen, der in der vergangenen Woche seinem Anspruch auf den Posten des Gouverneurs der Provinz Paktia mit Waffengewalt Nachdruck verliehen hatte. Die Kämpfe kosteten 61 Menschen das Leben, gut die Hälfte davon Zivilisten. Mit von der Partie waren bei den Verhandlungen auch Abgesandte der Schura (Stammesrat) von Gardes, der Provinzhauptstadt, die zum Missfallen Batscha Chans einen anderen zum Gouverneur ernannt hatte. Die Gespräche wurden geleitet vom Gesandten des UN-Afghanistan-Beauftragten Lachdar Brahimi, Aschraf Rafi Ahmedsai. Erster Erfolg der schwierigen Verhandlungen in Melan, einer Ansammlung von Lehmziegelgebäuden, ist ein Waffenstillstand, der zuerst bis Freitag gelten sollte und dann bis zum 11. Februar verlängert wurde. Batscha Chan hatte dem zähneknirschend zugestimmt, nicht ohne gleichzeitig die Drohung auszusetzen, er sei jederzeit zur Wiederaufnahme der Kämpfe bereit, wenn die Schura nicht vereinbarungsgemäss die Gefangenen und die Leichen seiner gefallenen Krieger übergebe.

So und ähnlich verliefen die ganzen Verhandlungen. Orientalische Höflichkeitssloskeln und Schmeicheleien wechselten mit nur dürftig kaschierten Drohungen, Versöhnungsgesten mit Wutausbrüchen. Der einzige, der keine Regung zeigte, war ein nicht identifizierter Amerikaner, der still dabei sass und sich Notizen machte. Über ihn war lediglich zu erfahren, dass es sich um einen Mitarbeiter der US-Botschaft in Kabul handele.

Die ihm feindlich gesonnene Schura sei ein Haufen von Taliban und Anhängern des El-Kaida-Terrornetzwerks Osama Bin Ladens, hatte Batscha Chan schon im Vorhinein erklärt. Der Gouverneursposten komme eindeutig ihm zu. Um die Verwirrung voll zu machen, hat die Regierung Karsai Chan inzwischen anerkannt, aber erst, nachdem er seinen Anspruch geltend gemacht hatte. Dafür ermahnte ihn der Vertreter und Onkel Karsais, Schahbus Ahmedsai, Frieden zu halten und keinen Krieg mehr gegen seine Landsleute zu führen.